

## **Antworten DIE LINKE Brandenburg auf die Fragen von DAZ.online (Deutsche Apotheker Zeitung)**

*1. Wie schätzt Ihre Partei die Rolle und die Funktion der Apotheken für die örtliche Infrastruktur und die Versorgung in Brandenburg ein?*

DIE LINKE will für die Bürgerinnen und Bürger eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung. Dazu zählt nicht nur die Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten, sondern auch mit Therapeuten aller Richtungen, Hebammen und Entbindungspflegern sowie Apotheken. Gerade im ländlichen Raum und in benachteiligten Regionen ist das eine besondere Herausforderung, der wir uns stellen müssen und werden, z.B. über integrierte Lösungen wie Versorgungszentren, mobile und telemedizinische Angeboten sowie weitere innovative Alternativen. Jeder Mensch hat ein Recht auf eine gute und erreichbare gesundheitliche Versorgung, wozu auch die Apotheken zählen. Das bedeutet auch die bedarfsgerechte barrierefreie Um- und Neugestaltung von Arztpraxen, Krankenhäusern, Medizinischen Versorgungszentren, Reha-Einrichtungen und natürlich den Apotheken. DIE LINKE setzt sich aktiv für die Förderung dieser notwendigen Maßnahmen ein.

*2. Die Apotheker in Brandenburg kämpfen für die Etablierung eines Pharmazie-Studienganges im Land. Brandenburg ist das einzige Flächenland ohne einen solchen Studiengang. Wie steht Ihre Partei dazu? Sollte es einen solchen Studiengang geben? Wenn ja, wo? Wenn nein, warum nicht?*

Die Gesundheits- und Arzneimittelversorgung stellt in einem Flächenland wie Brandenburg völlig andere Anforderungen an alle Akteure als in einem Ballungszentrum wie z.B. im Nachbarland Berlin.

In Brandenburg haben wir eine gesundheitliche Versorgungslandschaft mit sehr vielfältigen Angeboten. Sie reichen unter anderem von der Einzel- über Gemeinschaftspraxen, Bereitschaftspraxen, Ärztehäusern bis hin zu Medizinischen Versorgungszentren. Außerdem werden mit Hilfe neuer Technik die mobilen und telemedizinischen Dienste ausgebaut. Agnes-Schwestern ergänzen das Angebot.

In der Summe ist dieses Portfolio zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen. Eine der wichtigsten Säulen ist dabei auch der Öffentliche Gesundheitsdienst, der aus unserer Sicht dringend gestärkt werden muss.

Ein großes Problem ist der Mangel an Fachkräften allgemein und im gesundheitlichen Bereich an Ärztinnen und Ärzten sowie Hebammen und Entbindungspfleger im Speziellen. Hier hat sich DIE LINKE für das Landärztestipendium und das Hebammenprogramm eingesetzt, was es nun zügig umzusetzen gilt.

Zusätzlich ist uns ein weiterer Erfolg gelungen. Mit dem verabschiedeten Doppelhaushalt 2019 – 2020 sind die Pharmazeuten-Stellen des Aufsichtsdezernates des LAVG aufgestockt worden. Weitere Stellen sind ausgeschrieben. Außerdem wird mehr Geld für die Ausbildung bereitgestellt: von 372.500 € im Jahre 2018 auf 433.200 € für 2020. Dies sind wichtige Schritte, weitere müssen folgen.

Schnellschüsse sind - wie so oft - auch hier wenig hilfreich. Zunächst ist eine solide Analyse notwendig, die das Wissenschaftsministerium jetzt kompetent erarbeitet.

Sollte sich herausstellen, dass ein valider Bedarf an pharmazeutischen Fachkräften besteht, der mit den jetzigen Kapazitäten nicht zu decken ist, werden wir dies zügig auf die Tagesordnung setzen und Lösungen erarbeiten.

*3. Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist die Apothekenzahl in Brandenburg derzeit recht stabil. Allerdings ist das Durchschnittsalter der Apothekeninhaber recht hoch. Wie beurteilen Sie die*

*Versorgungslage im Land mit Apotheken? Sehen Sie Handlungsbedarf, um die Versorgung aufrecht zu erhalten? Wenn ja, welchen?*

Nicht nur die Zahl der Apotheken ist in Brandenburg über Jahre hinweg recht stabil, sondern auch die Zahl an Apothekerinnen und Apothekern. Diese stieg von 2005 bis 2015 um ca. 30 % um 300 an. Auch wenn das Land Brandenburg keinen eigenen Studiengang Pharmazie hat, gibt es viele Brandenburgerinnen und Brandenburger, die auswärts ein solches Studium absolvieren und dann zurückkommen oder aber jene, die ganz neu als Apothekerinnen und Apotheker in unser Bundesland kommen.

Ein grundsätzliches Problem ist also erstmal nicht erkennbar, wenngleich es möglicherweise ein Verteilungsproblem gibt wie in anderen Bereichen auch. In städtischen Regionen gibt es mehr Apotheken als im ländlichen Raum. Auch wenn das Land hier keinen Sicherstellungsauftrag hat - wie bei der Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten -, gibt es jedoch den einen oder anderen Optimierungsbedarf, den man in Angriff nehmen kann. Hier gilt es Anreize für Tätigkeiten im ländlichen Raum zu schaffen, Unterstützungsangebote für Gründungsinteressenten zu entwickeln und vor allem die relativ geringe Vollzeitquote zu erhöhen. Zudem setzt DIE LINKE auf eine gelingende Arbeitsmarktintegration aus Drittstaaten. Hier kann das Land sicher unterstützend eingreifen, ohne jedoch in die Eigenverantwortung einzugreifen.

DIE LINKE macht sich an Stellen stark, an denen Hilfe und Unterstützung gewünscht und erforderlich ist, sieht jedoch momentan keinen übermäßigen Handlungsdruck und stellt sich keinesfalls über die prioritäre Eigenverantwortung.

*4. Der Versandhandel spielt eine immer größere Rolle in der Arzneimittel-Versorgung. Die Apotheker haben unter der Konkurrenz allerdings zu leiden. Wie sieht Ihre Partei den Arzneimittel-Versandhandel? Kann er die Landversorgung verbessern? (Wenn ja, wieso?) Oder ist er eine Gefahr für die Apotheken und sollte daher im Zaum gehalten werden?*

DIE LINKE setzt sich für ein Verbot des Versandhandels ein, um somit die persönliche Beratung und die wohnortnahe Versorgung zu stärken. Nach unserer Auffassung soll die große Koalition einen Gesetzesentwurf vorlegen, der durch Änderung von § 43 Arzneimittelgesetz den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln verbietet. Zeitnah muss der Versandhandel zumindest so gut wie möglich begrenzt werden. Wir sehen vor allem die fachkundige, auf den viele Patient\*innen dringend angewiesen sind, Beratung durch den Versandhandel gefährdet. DIE LINKE fordert den Erhalt von wohnortnahen und für alle erreichbaren Apotheken mit guter Beratung und Notfallversorgung rund um die Uhr. Zu diesem Zwecke stellte DIE LINKE im Bundestag einen eigenen Antrag.

*5. In der Bundespolitik gibt es derzeit einen Konflikt um den einheitlichen Abgabepreis in Apotheken. Finden Sie, dass verschreibungspflichtige Medikamente in Apotheken einen einheitlichen Preis haben sollten (Preisbindung wie bei Büchern)? Oder wären Sie offen für eine Preisfreigabe?*

DIE LINKE wünscht sich eine EU-weite Preisbindung für Arzneimittel. Sowohl die Entwicklung der Arzneimittelpreise allgemein als auch die Willkür bei der Festlegung dieser, sind nicht hinnehmbar. Vor allem sind den Patient\*innen solch intransparente Entwicklungen nicht vermittelbar. Wir fordern daher die Regulierung der Medikamentenpreise. Der Wettbewerb im gesundheitlichen Bereich – ob Krankenkassen, Ärzteschaft, Krankenhauslandschaft oder Apotheken – muss zurückgedrängt werden. Die Patient\*innen und deren Wohl gehören in den Fokus.

*6. Um größere Regionen ohne Apotheke zu versorgen, kann die Apothekerkammer Rezeptsammelstellen auf dem Land zu lassen. Dort werfen die Bewohner des Ortes dann ihre Rezepte ein und werden dann beliefert. Reicht Ihrer Partei diese Ersatz-Versorgung? Oder würden Sie gerne neue Konzepte ausprobieren (Apothekenbus, Video-Beratung, Arzneimittel-Automat? Wenn ja, welche und wieso?*

In erster Linie akzeptiert DIE LINKE die Eigenverantwortung der Apotheken. DIE LINKE unterstützt jedoch seit Jahren alle innovativen Projekte, die den Bürgerinnen und Bürgern in irgendeiner Form dienlich sein und ihre Lebenslage verbessern können. Die gesundheitliche Versorgung in einem Flächenland wie Brandenburg stellt eine besondere Herausforderung dar, die kluges und kreatives Denken erfordert. Nicht alle Projekte wurden zum Erfolgsrezept, andere jedoch wie die AGnES-Schwester oder Ansätze in der Telemedizin haben sich sehr gut etabliert. DIE LINKE sieht in den Rezeptsammelstellen durchaus einen Sinn, da sie mancherorts die einzige Möglichkeit der Versorgung mit Arzneimitteln darstellen, ist jedoch auch für neue Ideen offen, die vor allem die Beratungsstruktur stärken. Apothekerbusse und Video-Beratung können dazu ein guter Ansatz sein.